



SOMMERTOUR DER PARTEIVORSITZENDEN

Angela Merkel: Angehen, was **alle** angeht

Unter dem Motto „Angehen, was alle angeht“ hat die Parteivorsitzende am 5. Juli im Konrad-Adenauer-Haus den Startschuss ihrer zweiwöchigen Sommertour quer durch Deutschland gegeben.

„Wir haben als Union ein gutes Konzept, das wir jetzt nach draußen tragen wollen“, sagte Angela Merkel zu

Beginn ihrer Wahlkampf-Tour. Die Union werde gemeinsam und geschlossen um jede Stimme kämpfen und dabei deutlich machen, welche Weichenstellungen wir vornehmen werden ■ für mehr Arbeitsplätze, ■ für mehr Wachstum, ■ für weniger Bürokratie und ■ für weniger Steuern.

Fortsetzung Seite 2

INHALT

ARBEITSMARKTZAHLN
Generalsekretär Larenz Meyer: Schröder ist gescheitert. Deutschland braucht jetzt Handeln für mehr Wachstum und Beschäftigung
SEITE 5

DOKUMENTATION
Edmund Stoiber: Die große Herausforderung: mit den Folgen der Globalisierung in einer Welt ohne klare Weltordnung fertig zu werden

Auftakt mit Katherina Reiche und Jörg Schönbohm in Brandenburg

Fortsetzung von Seite 1

Angela Merkel, Katharina Reiche und Jörg Schönbohm auf dem Platz am Brandenburger Tor in Potsdam: beachtliches Interesse bereits am Samstag Morgen um elf.

Die Stadt gilt als SPD-Hochburg. Doch bei der SPD wächst jetzt schon die Sorge, dass das erst letzte Woche vorgestellte Mitglied in Stoibers Kompetenzteam der bislang kaum bekannten SPD-Kandidatin wertvolle Stimmen abnehmen kann. CDU-Generalsekretär in Brandenburg Thomas Lunacek: „Wir spüren seit der Nominierung Katharina Reiches Aufwind.“

Große Zustimmung findet die Parteivorsitzende, wenn sie von den Misserfolgen der „Chefsache Ost“ des Kanzlers spricht. Wie auf fast allen Politikfelder heißt auch hier die Bilanz: Versprochen – Gebrochen.

Am frühen Nachmittag Eintreffen in Lübben im

Spreewald: In sorbischer Tracht begrüßt ein Empfangskomitee aus Jung und Alt die Parteivorsitzende. Bootsfahrt über Seitenarme der Spree. In einem Gartencafé Gespräch mit den Bürgern. Die Atmosphäre ist freundlich, fast vertraulich, so dass sich viele Teilnehmer – anders als auf den großen Plätzen – selber zu Wort melden.

Stabwechsel am 20. Juli

■ Über Dresden, Chemnitz und Zwickau ging am 9. Juli die Reise in Richtung Bayern weiter: Besuch der Porzellanfabrik Seltmann in Weiden, am Nachmittag Straßenfest in Bodenmais, abends Sommerfest in Passau.

■ Am 10. Juli: Kloster Andechs mit Proben des Klosterbiers, anschließend Treffen mit Vertretern der raegionalen Wirtschaft, am Nachmittag Besuch bei den

Gebirgsjägern in der Edelweiß-Kaserne in Mittenwald. ■ 11. Juli: Weiterfahrt nach Stuttgart mit Besichtigung des Prosche-Werks. ■

12. Juli: Canvassing in Mannheim, Besuch eines Sommerfests in Mainz.

■ Ein Höhepunkt der Sommerreise: Besuch des Jugend-Sommercamps Gesseke bei Paderborn am 13. Juli. Hier treffen die Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat Edmund Stoiber mit jungen Wahlkampfhelfern zusammen.

■ Die Merkel-Tour endet am 20 Juli im Ostseebad Binz auf Rügen. Dort wird die Parteivorsitzende den Stab an den CSU-Vorsitzenden übergeben, der anschließend seine zweiwöchige Wahlkampf-Tournee durch Deutschland macht.

[http://](http://www.cdu.de)

Das vollständige Programm der Sommertour der Parteivorsitzenden: www.cdu.de

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-mediencentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Deutschland-Trend: Wechselstimmung **festigt** sich

Knapp die Hälfte der Bundesbürger (48 Prozent) will den Machtwechsel. Zu diesem Ergebnis kommt die Juli-Ausgabe des Deutschland-Trends im Auftrag der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“.

Danach sprechen sich nur noch 43 Prozent der Befragten für eine SPD-geführte Bundesregierung aus. Auch bei der Frage, welche Koalition die Deutschen am liebsten hätten, fällt Rot-Grün zurück: Die höchste Zustimmung erhielt mit 27 Prozent eine schwarz-gelbe Koalition, während 18 Prozent eine rot-grün geführte Regierung bevorzugen würden.

Auch im direkten Vergleich zwischen Kanzler und Kandidat konnte Ed-

mund Stoiber punkten: Gäbe es eine Direktwahl des Bundeskanzlers, würden 49 Prozent für Schröder und 42 Prozent für Stoiber votieren. Damit ist der Abstand zwischen den beiden Spitzenpolitikern innerhalb eines Monats von 20 auf sieben Prozent geschrumpft.

Für das Einbrechen Schröders gibt es Gründe: Unionskanzlerkandidat Stoiber bekommt vor allem bei den harten Themen wie Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze und Bildungspolitik gute Noten. Dagegen liegt Schröder bei der Außendarstellung vorne.

Da sich gleichzeitig bei der so genannten Sonntagsfrage ein „Polit-Patt“ zwischen Schwarz-Gelb und

Rot-Rot-Grün abzeichnet, witterte die PDS auch so gleich Morgenluft und stellt der SPD ihre Unterstützung für den Fall in Aussicht, dass sie bei der Bundestagswahl keine eigene Mehrheit erhalten sollte. Als Bedingungen für die Stimmen der PDS nennt Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch in der „Welt“ (8. Juli): „Einen Politikwechsel in der Steuerpolitik für mehr soziale Gerechtigkeit, eine wirklich friedliche Außenpolitik und einen Aufbruch Ostdeutschland. Wenn die SPD in diesen Punkten zur Veränderung bereit ist, kann sie mit uns immer reden.“ Bartsch verweist auf die bestehenden rot-roten Bündnisse in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

AKTION „Herbstsonne“ nennen Journalisten die Unterbringung verdienster Helfer auf lukrativen Posten zum Lohn für gute Arbeit im Sinn der rot-grünen Koalition. Nicht nur im Auswärtigen Amt, auch in anderen Ministerien: „hektische Jobsuche“ (*Die Welt*), seitdem die Umfragen für Rot-Grün nicht mehr gut aussehen.

KEIN DURCHBRUCH für mehr Beschäftigung - das ist die Meinung von Rüdiger Pohl (Institut für Wirtschaftsforschung in Halle) zu den Hartz-Vorschlägen: „Gerade im Osten ist nicht die Vermittlung das Hauptproblem. Es fehlen bei 20 Prozent Arbeitslosigkeit schlicht die Arbeitsplätze, die vermittelt werden könnten.“

ANKLAGE wegen des Verdachts der Vorteilsnahme ist gegen den Wuppertaler SPD-Oberbürgermeister Hans Kremen-dahl erhoben worden. Er soll seinen Wahlkampf durch eine 500.000-Mark-Spende eines Bauinvestors finanziert bekommen haben, dem er die politische Unterstützung seiner Bauvorhaben versprochen hatte.

www.wahlkreis300.de startet in die heiße Phase

Im Wahlkreis300, dem ersten virtuellen Wahlkreis Deutschlands, werden jetzt die Spitzenkandidaten der Parteien aufgestellt. Nach einem umfangreichen BETA-Test, den die Parteivorsitzende Angela Merkel auf der CeBIT in Hannover eröffnet hatte, beginnt nun die heiße Phase des politischen Wettstreits um die Meinungsführerschaft im Wahlkreis300.

Inzwischen kämpfen schon über 2.000 registrierte Nutzer um ihren persönlichen Aufstieg ins Leitungsgremium und für den Sieg ihrer Partei in dem strategisch entscheidenden virtuellen Wahlkreis300.

Der WK300 (www.wahlkreis300.de) ist eine offene Internet-Plattform für alle an Politik und Wahlkampf interessierten Netznutzer. Wie etwa bei dol2day.com, der ältesten und größten politischen Community in Deutschland, geht es darum, politisches Geschehen im Netz abzubilden. Den Schwerpunkt im Wahlkreis300 bildet der laufende reale Bundestagswahlkampf. Dieser wird re-

gionalisiert und auf den virtuellen Wahlkreis heruntergebrochen. Die Mitspielerinnen und Mitspieler werden als Wahlkämpfer aktiv. Sie unterstützen mit ihren Aktivitäten den (virtuellen) Kandidaten ihrer WK300-Partei.

Jugendliche Nutzer können online „Wahlkampf-Feeling“ schnuppern

Im Wahlkreis300 zählt nicht nur, welcher Kandidat am 22. September gewinnt. Wichtig ist vor allem, welche Partei die beste Kampagne gestaltet. Damit soll jugendlichen Netznutzern die Möglichkeit gegeben werden, online „Wahlkampf-Feeling“ zu schnuppern.

Egal welcher politischen Couleur sich die Spieler verschrieben haben, eines ist allen fünf virtuellen Parteien gemeinsam: Sie streiten um Ideen, Strategien und Meinungen.

Die überwiegend jugendlichen Teilnehmer, von manchen als politisch desinteressierte Generation beur-

teilt, beweisen im WK300 das Gegenteil. Sie treten für ihre Meinungen ein und erarbeiten mehrheitsfähige Konzepte. Manchmal geht es dabei heiß her und virtuell fliegen die Fetzen.

Das reale politische Geschehen spiegelt sich dabei im Wahlkreis300 an vielen Stellen wieder: Es gibt Streit darum, ob im Zuge der Reaktionen auf Pisa am örtlichen Schulzentrum eine Gesamtschule entstehen soll und ob die Demonstrationen gegen das Kernkraftwerk im Wahlkreis300 gerechtfertigt sind.

Auf der Seite der Grünen300 wird die mit 18 Jahren jüngste Bundestagskandidatin vorgestellt. Die CDU300 produziert Plakattendwürfe, die durchaus in der realen Kampagne eingesetzt werden könnten und die FDP300 formuliert als Wahlziel „28 Plus“. Die SPD300 bewirbt mit „Einstarkes-Stück-Sabine“ ihre echte Kandidatin im Nachbarwahlkreis und die PDS300 setzt sich unter anderem für die wohltätige virtuelle Organisation „Tafel300“ ein.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Deutschland braucht **jetzt Handeln** für mehr Wachstum und Beschäftigung

Gerhard Schröder hat sein zentrales Versprechen, die Zahl der Arbeitslosen auf 3,5 Millionen zu senken, gebrochen. Mit dem heutigen Tag ist klar: Es wird in diesem Jahr nicht einmal gelingen, die Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt unter vier Millionen zu halten.

Zum ersten Mal seit Beginn der Arbeitslosenstatistik 1964 liegt Deutschland über dem EU-Durchschnitt. Bei gleichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben die anderen Länder in Europa bessere Ergebnisse erzielt als Deutschland.

Die Situation im Juni 2002 liest sich wie ein Buch des Schreckens: ■ 3,954 Millionen Arbeitslose im Juni. ■ 260.000 mehr als im Juni 2001 ■ Seit 11 Monaten in Folge liegt die Zahl der Arbeitslosen über der des Vorjahreswertes. ■ Zum ersten Mal seit 1993 verzeichnen wir mit 7.900 zusätzlichen Arbeitslosen einem Anstieg von einem Mai auf einen Juni!

Die Chefsache Ost ist zur Bedrohung geworden: ■ 1,394 Millionen Menschen sind in den Neuen Ländern

ohne Arbeit. ■ Das ist der höchste Stand seit der Wiedervereinigung. ■ Die Firmenpleiten im Osten verzeichnen einen Anstieg von 18,7 Prozent in den ersten sechs Monaten im Vergleich zum Vorjahr. Herr Schröder hat die Menschen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt im Stich gelassen.

Für wie dumm hält Schröder die Menschen eigentlich?

Es reicht nicht aus, nur am Arbeitsmarkt rumzudoktern und Statistik-Tricks anzuwenden. Eine genaue Analyse der Zahlen beweist nämlich, dass der viel beschworene statistische Zuwachs von einer Million Erwerbstätigen hauptsächlich ein Ergebnis der Umverteilung der geringfügig Beschäftigten ist.

Seit über einem Jahr muss die Weltwirtschaft und die Lage in den USA als Entschuldigung Schröders herhalten. – Selbst der 11. September musste als Ausrede

herhalten. Die wirtschaftliche Katastrophensituation in Deutschland ist hausgemacht – das hat ihm schon vor wenigen Tagen Alt-Kanzler Helmut Schmidt ins Stammbuch geschrieben.

Der Bericht der Hartz-Kommission ist nicht nur das 52. Gutachten der rot-grünen Bundesregierung zum Arbeitsmarkt, sondern auch ein Testat für die Untätigkeit der Bundesregierung.

Es ist ein Akt der Volksverdummung, wenn sich der Bundeskanzler hinstellt und behauptet, mit ein paar Maßnahmen in der Verwaltung der Arbeitsämter die Arbeitslosigkeit binnend vier Jahre zu halbieren. Für wie dumm hält Gerhard Schröder die Menschen eigentlich?

Wir brauchen jetzt Handeln für mehr Wachstum und Beschäftigung. Deswegen ist es richtig, dass Edmund Stoiber und Lothar Späth noch in dieser Woche mit dem Programm „Offensive 2002 – Aufschwung für Arbeit“ vorstellen werden, was wir – nach dem 22. September – für mehr Wachstum und Beschäftigung tun werden.

Was würde Ludwig Erhard tun?

In Deutschland müssen die Fenster geöffnet werden. Die Hartz-Kommission hat das erkannt, und so sehr man auch den einen oder anderen Vorschlag dieser Kommission im Detail sorgfältig überprüfen muss, so sehr man vor allem das tatsächliche Ergebnis der Kommissionsarbeit noch abwarten muss – so sehr bleibt doch eines richtig: Jede Überlegung, jeder Ansatz, jeder Vorschlag, der dazu dient, den Arbeitsmarkt zu öffnen und die Arbeitslosigkeit zu senken, ist ein guter. Deshalb darf sich diese Diskussion – noch dazu, wo das eigentliche Ergebnis der Hartz-Kommission noch gar nicht auf dem Tisch liegt – nicht sofort im Kleinklein verlieren.

Jetzt ist Zeit für Taten in Deutschland

Dabei steht die Politik in einer besonderen Verantwortung. Sie steht in einer anderen Verantwortung als Kommissionen und Experten. Politik, die sie tragenden Parteien, Regierung und Opposition müssen sich davor hüten, immer wieder

In einem Beitrag für die Tageszeitung „Die Welt“ vom 5. Juli hat die Parteivorsitzende eine Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft gefordert. Das sei die „große Aufgabe unserer Generation“.

Hoffnungen durch Ideen, Vorschläge oder gar Versprechungen zu wecken, diese am Ende aber durch fehlende Taten wieder und wieder zu enttäuschen. Verantwortungsbewusste Politik, die nicht mit den Erwartungen von Menschen spielt, sondern sie angesichts von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland ernst nimmt, muss wissen: Der Worte sind genug gewechselt. Jetzt ist Zeit für Taten in Deutschland.

Es gibt in Deutschland keinen Mangel an Vorschlägen und Kommissions-Ideen. Es gibt aber sehr wohl einen Mangel an Taten, einen Mangel an der Umsetzung von Ideen und Vorschlägen. Das wiederum hat viel mit der Verlässlichkeit von Politik zu tun. Sie wurde

in vier Jahren Rot-Grün mit Füßen getreten.

Vier Jahre Vorschläge von Kommissionen und Verbänden, dann wieder zu den Akten gelegt, vier Jahre Beratungen im Bündnis für Arbeit, dann ohne jedes greifbare Ergebnis in der Versenkung verschwunden, vier Jahre einer Politik nach dem Motto „Versprochen – Gebrochen“ – das ist eine Bilanz, die unser Land mit Rot-Grün zurückgeworfen hat.

Rot-Grün hat seine Chance verspielt

Das ist eine Bilanz, die die Menschen, die 1998 mit großen Hoffnungen und Erwartungen sehr bewusst den Wechsel gewählt haben, tief enttäuscht hat. Noch nie zuvor in der Geschichte unseres Landes hat eine Regierung die ihr gewährte Chance so vertan wie diese. Noch nie zuvor ist in so kurzer Zeit aus Begeisterung Desillusionierung, aus Hoffnung Verdruss geworden.

Die Union dagegen hat ihre Niederlage 1998 angenommen. Sie hat aus ihr gelernt. Wir wissen erstens: Wir sagen nur das zu, was

wir halten können, und halten das, was wir zusagen. Und zweitens: Worten müssen Taten folgen.

Unser Land braucht eine Politik, die den Arbeitsmarkt öffnet. Die Union wird nach dem Regierungswechsel am 22. September jeden Gedanken umsetzen, der dazu einen sinnvollen Beitrag leistet. Wird dies mit dem Ergebnis der Hartz-Kommission erfüllt, gilt das auch hierfür. Das allein aber wird nicht reichen, denn unser Land braucht noch mehr: Denn noch wichtiger als Maßnahmen für die Öffnung des Arbeitsmarktes ist eine Politik, die das Wirtschaftswachstum in Deutschland endlich wieder ankurbelt. Wir dürfen unser Blickfeld nicht einengen. Unser Land braucht gleichsam als übergeordnetes Dach eine Politik, die die Soziale Marktwirtschaft wieder belebt. Sie ist heute so aktuell wie vor 50 Jahren.

Heute müssen wir die Soziale Marktwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung und Digitalisierung weiterentwickeln: mehr Wettbewerb in Bildung und Ausbildung, Vereinfachung des Steuersystems, Abbau von Bürokratie, Öffnung des Arbeitsmarktes, verlässliche Gestaltung der Solidarsysteme und – nicht zuletzt – eine internationale Ordnung

des globalen Wettbewerbs. Damit heben wir die soziale Marktwirtschaft auf eine neue Stufe, zur neuen Sozialen Marktwirtschaft.

Wir brauchen den großen Wurf

Das ist die große Aufgabe unserer Generation. Mit unserem Regierungsprogramm haben wir die Weichen in diese Richtung gestellt. Es geht mir hier dabei nicht allein um einen Begriff, sondern um die Beantwortung einer Frage: Was würde Ludwig Erhard heute tun? Ich bin sicher, seine Antwort wäre eine mutige und entschlossene. Wenn wir uns der eigentlichen Aufgabe nicht stellen, wenn wir unser Blickfeld auf Einzelaspekte einengen, dann bleiben alle Reformvorschläge und Kommissionsarbeiten Flickschusterei.

Trauen wir uns dagegen den großen Wurf zu, wird unser Land wieder nach oben kommen, und zwar nicht als Selbstzweck, sondern zum Wohle jedes Einzelnen.

Das alles aber kann nur eine Regierung leisten, die in der Vergangenheit unter Beweis gestellt hat, dass sie für die Zukunft weiß, worum es in Deutschland tatsächlich geht: nicht um Worte, sondern um Taten, um Verlässlichkeit für Deutschland. Zeit für Taten – das heißt, um es mit dem Titel der Rede Edmund Stoibers im Französischen Dom in Berlin zu sagen, dem Wandel Richtung geben. Herr Schröder hat in den vergangenen vier Jahren gezeigt, dass er dafür in den nächsten vier Jahren keine Kraft hat. Das Land hat eine andere Regierung verdient. Das Land wird am 22. September eine andere Regierung bekommen.

ERIKA STEINBACH ist für zwei weitere Jahre zur Präsidentin des Bundes der Vertriebenen gewählt worden. Die Bundesversammlung stimmte in Berlin mit großer Mehrheit für die seit Mai 1998 amtierende Präsidentin. Harte Kritik übte Erika Steinbach in ihrer Rede an der Kulturpolitik der Bundesregierung: Die Bewahrung des kulturellen Erbes sei kaum noch möglich, weil Rot-Grün die Mittel für diesen Bereich zusammenstreiche und die Landsmannschaften aushungere.



ANDREAS SCHMIDT:

Die Kampagne der SPD ist endgültig in sich **zusammengebrochen**

Der Deutsche Bundestag hat am 4. Juli über den Abschlussbericht des Spenden-Untersuchungsausschusses beraten.

Der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Untersuchungsausschuss, Andreas Schmidt, räumte Verstöße der CDU gegen das Parteiengesetz ein. „Daran gibt es nichts zu bagatellisieren“, sagte Schmidt. Die CDU unter Wolfgang Schäuble und Angela Merkel habe jedoch diese Verstöße in eigener Regie selbst aufgeklärt. Für die Fehlerhaftigkeit der Rechenschaftsberichte habe die Partei die gesetzlichen Sanktionen bezahlt. „Damit ist nach Recht und Gesetz dieser Vorgang geschlossen“, meinte Schmidt. Die SPD habe jeglichen Anspruch verwirkt, wegen dieser Verstöße mit dem Finger auf die Union zu zeigen.

Dagegen zeigten die jüngsten SPD-Skandale, wenn Korruption und Bestechlichkeit bei politischen Entscheidungen einen Namen hätten, dann hieße der Name SPD Köln und SPD Wuppertal. Darüber hinaus sei ein weiteres wichtiges

Ergebnis der Ausschussarbeit, dass die SPD über Jahrzehnte ein riesiges im Milliarden-Bereich liegendes Finanz- und Firmenbeteiligungsvermögen vor der deutschen Öffentlichkeit und ihren eigenen Parteimitgliedern verschleiert und versteckt habe.

„Die SPD hat sich in ihren Rechenschaftsberichten arm gerechnet, obwohl sie mit Sicherheit die reichste Partei Europas ist“, sagte Schmidt.

Die SPD ist von ihrem **hohen Roß** gefallen

In seiner Bundestagsrede am 4. Juli erklärte Andreas Schmidt:

Dieser Untersuchungsausschuss wurde wie kein anderer in der deutschen Parlamentsgeschichte zuvor für eine maßlose parteipolitische Instrumentalisierung durch eine verantwortungslos handelnde rot-grüne Mehrheit benutzt. Nachdem der Ausschussvorsitzende

vor wenigen Tagen in einer völlig inakzeptablen Art und Weise die Kölner Staatsanwaltschaft kritisiert hatte, haben Sie, Herr Neumann, sozusagen für die gesamte Ausschussmehrheit für Ihre Arbeit vom Deutschen Richterbund ein vernichtendes Urteil erhalten.

In einer Erklärung vom 27. Juni stellt der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Herr Geert Mackenroth, Ihnen folgendes Zeugnis aus – ich zitiere –: „Wenn Herr Neumann etwas weiß, soll er Ross und Reiter nennen. Ihm passen aber offenbar lediglich die Ermittlungsergebnisse nicht. Seine inhaltsleeren Attacken lassen den gebotenen Respekt der Staatsgewalten untereinander vermissen; sie nähren den Verdacht des Missbrauchs des Amtes des Ausschussvorsitzenden zu Wahlkampfzwecken, dienen jedenfalls nicht der Wahrheitsfindung. Verfahren vor Untersuchungsausschüssen sind dem parlamentarischen Alltag entzogen und ähnlich wie Strafverfahren ausgestaltet, Zurückhaltung und

BERND NEUMANN:

Rot-grüne Bilanz in der Filmpolitik **mehr als mager**

Anlässlich des Film-Empfangs 2002 erklärte der Sprecher für Filmpolitik der CDU und CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied der Jury „Deutscher Filmpreis“ und Präsidiumsmitglied der Filmförderungsanstalt:

Das zurückliegende Jahr war für den deutschen Film das erfolgreichste seit langer Zeit. 2001 gab es insgesamt 9 deutsche Filme, die in unseren Kinos mehr als 1 Million Besucher erreichten. Das ist kein Grund zur Euphorie, denn die Zahlen sind nicht stabil. Sie hängen von wenigen besonders erfolgreichen Filmen ab; allerdings ist dies in Frankreich mit dem Film „Amélie“ ebenso. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den deutschen Film steht weiterhin auf der politischen Agenda.

Ein wichtiges Ziel der CDU-Filmpolitik ist die Stärkung deutscher Produzenten im internationalen Wettbewerb sowie in ihrer Unabhängigkeit vom Fernsehen. Die jüngste Novellierung des Urheberrechts hat dazu nichts beigetragen. Deshalb wird die CDU/CSU in der nächsten Legislaturperiode das Urheberrecht im Sinne der Filmwirtschaft verbessern und darüber hinaus sicherstellen, dass bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zum Urheberrecht die Interessen des deutschen Films berücksichtigt werden.

Der „Medienerlass“ des Bundesfinanzministers muss überarbeitet werden mit dem Ziel, dass grenzüberschreitende Koproduktionen wieder ohne Barrieren ermöglicht und nicht wie derzeit fast verhindert werden.

den darüber keine Schadenfreude, denn: Mit ihrer Scheinheiligkeit, ihrer Moralarroganz und mit ihrer Doppelmoral haben sie dem Ansehen der Politik insge-

samt geschadet, und sie haben dem Ansehen der Institution von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen schweren Schaden zugefügt.

UD

jedenfalls der Versuch von Neutralität sind daher jedenfalls und gerade in der Person des Vorsitzenden angesagt.“

Der Deutsche Richterbund hat den Nagel auf den Kopf getroffen: Es ging der Ausschussmehrheit zu keinem Zeitpunkt um sachliche Aufklärung, sondern lediglich um Diffamierung, Diskriminierung und Kriminalisierung der Union unter dem Oberbefehl der Herren Müntefering, Struck und Schröder. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Struck hat am 28. November 2001 in einer Plenarrede in einem Anflug von moralischer Überheblichkeit gesagt: „Eine Oppositionspartei wie die CDU hat überhaupt nicht die moralische Legitimation, unser Land zu regieren.“

Im Hinblick auf Köln und Wuppertal: Wenn Herr Struck einen Rest an Anstand hat, dann nimmt er hier gleich das Wort und entschuldigt sich für diese Entgleisung. Was als Verleumdungsspektakel gegen die Union geplant war, ist jetzt wegen Wuppertal und Köln als Debakel für die SPD gependet. Über Monate haben die Sozialdemokraten auf einem sehr hohen Ross der Moralarroganz gesessen und sind jetzt ganz tief heruntergefallen. Wir empfin-

Die Union war **nicht bereit**, einem verfassungswidrigen Gesetz zuzustimmen

Anfang Juni ist die von SPD und Grünen geplante Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden ins Grundgesetz gescheitert. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erläuterte die Gründe für die Ablehnung dieses populistischen Gesetzentwurfs:

Der Gesetzentwurf verstößt gegen unsere Verfassung. Nach Artikel 79 Absatz 3 unseres Grundgesetzes ist eine Änderung des Grundgesetzes unzulässig, wenn dadurch „die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung berührt“ wird. Mit dem rot-grünen Gesetzentwurf aber wäre dieses unveräußerliche Mitwirkungsrecht der Länder an der Gesetzgebung des Bundes ausgehebelt worden. Für die meisten Gesetze (Einspruchsgesetze) sollte die Beteiligung sogar ganz abgeschafft werden. Die von Rot-Grün gewählte „Lösung“, dass ersatzweise die Stimmen bei der Volksgesetzgebung zweimal – einmal bundesweit und einmal

nach Ländern – gezählt werden, konnte diesen Mangel nicht beseitigen. Dies hat auch die Experten-Anhörung des Innenausschusses ergeben.

Die Union aber war nicht bereit, einem verfassungswidrigen Gesetz zuzustimmen!

Mehrheitsprinzip als Grundidee der Demokratie verletzt

Völlig unzureichend waren auch die vorgesehenen Quoren: So sollten einfache Gesetze bereits mit einer „Mehrheit“ von 10% plus einer Stimme zustande kommen (Mehrheit der abgegebenen Stimmen bei einer Mindestbeteiligung von 20%). Für Verfassungsänderungen sollte es sogar nur eine Hürde von 26,7% geben (2/3 der abgegebenen Stimmen bei einer Mindestbeteiligung von 40%). Das hätte ganz eindeutig das Mehrheitsprinzip als Grundidee der Demokratie verletzt.

Nicht akzeptabel war auch der von der Koalition vorgesehene Ausnahmekat-

alog: Ausgerechnet über Steuern oder den Haushalt soll das Volk nicht abstimmen dürfen. Fürchtete Rot-Grün etwa die Abschaffung der ungerechten Öko-Steuer? Ursprünglich wollten SPD und Grüne sogar die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages von der Volksgesetzgebung ausnehmen! Ein Schelm, der dabei Böses denkt.

Überdies haben wir uns sehr über das von Rot-Grün gewählte Verfahren gewundert. Der Gesetzentwurf wurde erst dreieinhalb Jahre nach der entsprechenden Selbstverpflichtung im rot-grünen Koalitionsvertrag von 1998 vorgelegt. Und dann hat die Koalition dem Deutschen Bundestag gerade einmal fünf Arbeitswochen für die Entscheidung zugebilligt. Für eine derart einschneidende Verfassungsänderung war ein solches Hau-Ruck-Verfahren nicht angemessen.

Es war unübersehbar, dass SPD und Grüne mit diesem untauglichen Gesetzentwurf im Hinblick auf die kommenden Wahlen ledig-

MATTHIAS WISSMANN:

Babcock offenbart schwere Strukturkrise

Zur Insolvenz des nordrhein-westfälischen Anlagenbauers Babcock Borsig erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die dramatische Zunahme von Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr 2002 um über 25 Prozent ist auch Zeichen einer insgesamt verfehlten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Zu viele bürokratische Hemmnisse und zu wenig Flexibilität haben unter der rot-grünen Bundesregierung zu einer massiven Strukturverkrustung am Arbeitsmarkt geführt. Die von der Regierung

Schröder gebetsmühlenartig wiederholten Aufschwungbotschaften müssen den 13.000 Beschäftigten allein in Deutschland wie Hohn klingen. Zudem hat der mit einer Reihe von führenden NRW-Sozialdemokraten besetzte Babcock-Aufsichtsrat seine Kontroll- und Aufsichtspflicht offenbar nicht ausreichend wahr genommen.

Für die Union ist klar, dass sich nur mit der Wiederherstellung eines ausgewogenen Verhältnis zwischen Leistung und Sicherheit die wirtschaftliche Lage in Deutschland und damit die Situation am Arbeitsmarkt dauerhaft verbessern lässt.

lich einer bestimmten Klienteleinen „Gefallen“ tun wollten. Für derartige Manöver ist uns unsere Verfassung zu schade. Daher haben wir der Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene widersprochen. Denn auch wenn die Frage von Plebisziten in hohem Maße populär ist: Die Union darf sich in dieser wichtigen Grundsatzfrage nicht beirren lassen. Unsere Ablehnung plebiszitärer Elemente auf Bundesebene ist auch deswegen gut begründet, weil

- Plebiszite auf Bundesebene den Zentralismus stärken (Instrumente der direkten Demokratie auf Kommunal- und Landesebene haben sich bewährt und müssen ausgebaut werden, sie lassen sich aber nicht auf die viel komplexeren Entscheidungen auf Bundesebene „hochzurren“),

- Plebiszite auf Bundesebene tendenziell die – kampagnefähigen – Organisationen weiter stärken (das Ziel von mehr direkter Beteiligung des Einzelnen wird eben nicht erreicht),

- bei Volksentscheiden auf die Kompromissfindungsmöglichkeit des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens im Plenum und den Ausschüssen verzichtet wird (ein „Volksgesetz“ steht von Beginn an unver-

änderbar zur Ja-Nein-Abstimmung, während ein parlamentarisches Gesetz während der Beratungen fortgeschrieben und verbessert werden kann),

- die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat nach der Wiedervereinigung die Vorzüge der parlamentarischen Demokratie bis heute

unwiderlegbar bestätigt hat, wir keinen Systemwechsel wollen und den Marsch in eine andere Republik ablehnen.

Für die Zukunft kommt es darauf an, dass parlamentarische System weiter auszubauen, nicht aber, es abzubauen. Verantwortung muss gestärkt, nicht geschwächt werden. 

Rot-grüne Bundesregierung regiert Städte und Gemeinden **in den Ruin**

Zur Krise der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland als Folge von Entscheidungen der rot-grünen Bundesregierung erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Schröder hat die deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise in nur einer Legislaturperiode an den Rand des finanziellen Ruins regiert. Er erweitert seinen eigenen politischen Spielraum auf Kosten der Gemeinden. Einschnitte in die kommunalen Einnahmen und Aufgabenverlagerungen ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich sind rot-grüne Strategie.



Beispiele aus dem Jahr 2001:

■ Rückgang der Steuereinnahmen: -5,5 %; ■ Gewerbesteureinbußen: -11,4 %; ■ Einbußen durch die Schröder-„Steuerreform“: -4,1 Mrd. Euro; ■ Defizit im Finanzierungssaldo aller Kommunen: -4 Mrd. Euro; ■ Sozialhilfekosten: fast 10 Mrd. Euro; ■ Sozialhil-

feaufstockung für Langzeitarbeitslose: 4,1 Mrd. Euro; ■ Eingliederungshilfen für Behinderte: 9,2 Mrd. Euro; ■ Mitfinanzierung des Kindergeldes: 3,5 Mrd. Euro.

Die Rentenreform müssen die Kommunen bis 2009 mit bis zu 2,4 Mrd. Euro im Jahr mitfinanzieren. Die Verwaltungskosten für die neuen Grundsicherungsämter kommen hinzu.

Volle Sozialhilfeansprüche für bestimmte Flüchtlingsgruppen, die faktische Ausweitung des Asylrechts und eine ungeklärte Finanzierungsfrage bei den Integrationskosten machen das Zuwanderungsgesetz zu einer weiteren Belastung für die kommunalen Haushalte.

Der Bund kassierte nahezu 50 Milliarden Euro für die UMTS-Mobilfunklizenzen. Bei den Gemeinden fallen daraufhin über den gesamten Abschreibungszeitraum 7 Milliarden Euro Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen weg.

Die Gewerbesteuer bricht ein. Trotzdem erhöht Schröder die Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder von 20 % auf 30 %.

Die kommunalen Investitionen sind seit 1992 um 33 % oder 11 Mrd. Euro zurückgegangen. Das entspricht dem Anstieg der Ausgaben für soziale Leistungen und übersteigt die Gesamteinnahmen aus der größten eigenen Steuerquelle, der Gewerbesteuer.

DIE FOLGEN: Fast die Hälfte der Städte und ein Viertel der Landkreise können einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen. Durch den Rückgang der kommunalen Investitionen – zwei Drittel des öffentlichen Investitionsvolumens – fehlen der mittelständischen Wirtschaft Aufträge. Pleiten und Arbeitslosigkeit folgen. Schulen und Straßen werden nicht mehr renoviert. Schwimmbäder, Bibliotheken und Theater müssen schließen.

Rot-Grün hatte den Gemeinden in ihrer Koalitionsvereinbarung von 1998 drei Dinge versprochen: ■ Stärkung der Finanzkraft, ■ Überprüfung des Gemeindefinanzsystems, ■ Beachtung des Konnexitätsprinzips. Alle Versprechen sind gebrochen.

„KÜNST-EFFEKT“ hat der bayerische Landwirtschaftsminister Josef Miller den Grund für die Gewinneinbußen der Landwirte in Bayern genannt. Sie machen 40 Prozent allein in den letzten zwölf Monaten aus. Die Bundesverbraucherministerin habe mit ihrer verfehlten Landwirtschaftspolitik dazu beigetragen, das Höfesterben im Freistaat weiter zu beschleunigen.

ANHALTENDE FLAUTE im deutschen Einzelhandel: deutliches Umsatzminus den fünften Monat in Folge. Real ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent zu verzeichnen. Bei Textilien, Bekleidung und Schuhen macht der Rückgang real 10,2 Prozent aus. Höhere Umsätze (plus 1,8 Prozent) erzielte der Versandhandel.

7,7 MILLIONEN Unterschriften – das ist das Ergebnis der größten Unterschriftenaktion in der Bundesrepublik. Kunden und Patienten haben ihr eindeutiges Votum für den Erhalt der deutschen Apotheken und gegen den Internet-Versandhandel abgegeben. Hans-Günter Friese, Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA): „Eine eindeutige Aufforderung an alle politischen Mandatsträ-

ger, die darüber diskutieren, das Arzneimittelgesetz zu ändern und den Internethandel mit Medikamenten zu legalisieren.“

IMMER MEHR ostdeutsche Wohnungsunternehmen geraten durch den zunehmenden Leerstand in Existenzgefahr. Der Mietausfall in Ostdeutschland hat einen Rekordstand von einer Milliarde Euro erreicht. Auch in Westdeutschland stehen heute fast 10 Prozent der vom Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen (GdW) angebotenen Wohnungen leer.

UM 130 PROZENT hat sich im Vergleich mit 1995 im letzten Jahr die Zahl der Vorstandsvorsitzenden erhöht, die wegen schlechter Unternehmensergebnisse ihren Schreibtisch vorzeitig räumen mussten. Das geht aus einer Studie der Managementberatung Bozz Allen Hamilton hervor, die das Top-Personal der 2.500 Unternehmen mit der weltweit höchsten Marktkapitalisierung untersucht hat.

EINEN REKORDWERT von 16 Prozent hat in der Spielzeit 2000/2001 der Anteil der Eigeneinnahmen der öffentlichen Theater an ihrem Gesamtetat erreicht.

Grund dafür: Die Zahl der Zuschauer und Zuhörer bei den deutschen Theatern und Kulturorchestern ist erneut gestiegen – um über 500.000 auf 35,5 Millionen. Mit 5 Prozent mehr Zuschauern haben die Privattheater neben den Festspielhäusern am besten abgeschnitten.

EINEN SIEG hat die CDU im Streit um großflächige Wahlwerbeplakate an ihrer Berliner Parteigeschäftsstelle vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin errungen. Das Gericht setzte eine Verfügung des Verwaltungsgerichts außer Kraft, wonach die CDU keine zwölf Quadratmeter großen Werbetransparente mehr aufhängen durfte. Diese Verfügung sei rechtswidrig, weil sie auch Werbung erfasst habe, die nicht gegen das Verunstaltungsverbot verstoße.

23.600 NEUE STELLEN will Frankreichs neuer Premier Raffarin in den kommenden fünf Jahren für Polizei und Justiz schaffen. Allein Polizei und Gendarmerie sollen um 13.500 Beschäftigte verstärkt werden. In seiner Regierungserklärung löst Raffarin damit das Versprechen im Wahlkampf ein, die innere Sicherheit zum Schwerpunktthema seiner Regierung zu machen. **UD**

Wenn es Ihnen ernst ist mit der Lösung der Probleme, **stimmen Sie heute zu**

Aus der Rede des Vorsitzenden aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Bundestagsdebatte zur Lage der Wirtschaft in Deutschland am 4. Juli:

Herr Bundeskanzler, wir reden heute nicht nur über Ihre Regierungserklärung, sondern wir sprechen auch über ganz konkrete Anträge, die heute zur Abstimmung vorliegen. Wir haben zur heutigen Sitzung einen umfassenden Entschließungsantrag und einen konkreten Gesetzentwurf vorgelegt.

Lassen Sie mich mit dem Entschließungsantrag beginnen. Sie finden darin alles zusammengefasst, was auch in den verschiedensten Gremien und Kommissionen der Bundesregierung über vier Jahre richtigerweise zusammengetragen worden ist. Wir wollen den Niedriglohnsektor in Deutschland mobilisieren. Wir wollen die Zeitarbeit entbürokratisieren. Wir wollen das unsägliche Gesetz über die Scheinselbstständigkeit abschaffen. Wir wollen befristete Arbeitsverträge ermöglichen. Wir wollen die Regelungen über die Teilzeit ver-

bessern. Wir wollen im Kündigungsschutzrecht ein Optionsmodell, insbesondere für ältere Arbeitslose, einführen. Wir wollen betriebliche Bündnisse für Arbeit: Herr Bundeskanzler, ich habe gedacht, Sie würden dazu etwas sagen.



Unser Gesetz enthält, was auch Sie immer wieder vorgeschlagen haben

Die Frage ist doch: Wie können in Zukunft in den Betrieben auch einmal von Tarifverträgen abweichende Regelungen getroffen werden, wenn alle Beteiligten – Geschäftsführung, Belegschaft, Betriebsrat – einverstanden sind? Es geht um ein Stück mehr dezentraler Organisation unseres Arbeitsmarkts. Auch das kommt in der von Ihnen berufenen Kommission mit keinem Wort vor. Das gesamte Thema Arbeitsmarkterfassung wird in der Kommission, die Sie berufen haben, überhaupt nicht erwähnt, weil in der Kommission diejenigen sitzen, die

das Kartell unseres Arbeitsmarkts organisieren.

Wir machen Ihnen also ein konkretes Angebot. Schließlich geht es um die Vereinheitlichung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe – übrigens auch ein Vorschlag, der aus der Kommission heraus gemacht wird. Politik soll konkret sein. Ihnen liegt daher heute ein Gesetzentwurf zur Abstimmung vor. Ich will mich bei dieser Gelegenheit bei der hessischen Landesregierung für die Vorarbeiten, die sie über eine Bundesratsinitiative ergriffen hat, ausdrücklich bedanken.

Wir beraten heute in zweiter und dritter Lesung einen Gesetzentwurf, dessen Kurztitel „OFFENSIV-Gesetz“ lautet. Dieser Gesetzentwurf enthält wesentliche Elemente dessen, was auch Sie selbst immer wieder vorgeschlagen haben. Wenn Sie wirklich etwas zum Besseren wenden wollen, dann gibt es heute also eine konkrete Möglichkeit dazu: Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu!

In der gebotenen Kürze möchte ich Ihnen sagen, was

Nun bietet sich allen Fraktionen die **Gelegenheit**

Aus dem Entschlie- bungsantrag der CDU/ CSU-Bundestagsfrak- tion zum Entwurf eines Gesetzes zum optimalen Fördern und Fordern in Vermittlungsagenturen:

Die CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion hat in dieser
Legislaturperiode eine
Vielzahl von Vorschlägen
zur Entriegelung des Ar-
beitsmarktes und zur Schaf-

fung von mehr Beschäfti-
gung in den Deutschen Bun-
destag eingebracht. Alle auf
Wachstum und Beschäfti-
gung gerichteten Initiativen
wurden entweder aus par-
teipolitischem Kalkül oder
wider besseres Wissen von
den Regierungsfractionen
abgelehnt.

Nun bietet sich für alle
Fraktionen des Deutschen
Bundestags die Möglich-
keit, mit der Verabschie-

dung des Offensivgesetzes
einen wichtigen und not-
wendigen Beitrag zur Lö-
sung der Probleme auf dem
Arbeitsmarkt zu leisten.

Mit dem Offensivgesetz
soll die Möglichkeit ge-
schaffen werden, im Rah-
men von Vermittlungs-
agenturen die Betreuung,
Qualifizierung, Vermitt-
lung und die Gewährung
von Leistung aus einer
Hand zu organisieren.

mit diesem Gesetz bezweckt
wird: Der Personenkreis der
Arbeitslosen und Sozialhilfe-
empfänger wird von Vermitt-
lungsagenturen, die sich zu-
künftig „Job-Center“ nen-
nen, betreut, beraten und ver-
mittelt. Entsprechende Vor-
schläge sind in Ihren Gremien
immer wieder diskutiert wor-
den. Die Zumutbarkeitsrege-
lungen des Sozialgesetzbuch
III und des Bundessozial-
hilfegesetzes werden ein-
ander angeglichen. Die Mit-
tel der Träger der Sozialhilfe
sowie die Mittel der Arbeits-
losenhilfe und der aktiven Ar-
beitsmarktförderung werden
gebündelt. Der Vorrang von
Arbeit, Qualifizierung und
qualifizierter Beschäftigung
vor dem Bezug von Sozial-
leistungen ohne Gegenlei-

stung wird normiert. Schließ-
lich wird – ich halte das für
eine unverzichtbare Rege-
lung – den Ländern in
Deutschland bei der Aus-
führung der Bundesgesetze
Sozialgesetzbuch und Bun-
dessozialhilfegesetz ein
höherer individueller Spiel-
raum zu landesspezifischen
Regelungen eingeräumt. –
Meine Damen und Herren
von der Koalition, wenn es
Ihnen mit der Lösung der
Probleme auf dem Arbeits-
markt ernst ist, dann nutzen
Sie die heutige Chance, stim-
men Sie diesem Gesetzent-
wurf zu und ermöglichen Sie
von morgen an eine Verbes-
serung auf dem Arbeitsmarkt
in Deutschland!

Wenn Sie zur Beratung
unseres Gesetzentwurfs mehr

Zeit brauchen, dann – damit
möchte ich die Ernsthaftig-
keit unseres Vorschlags be-
tonen – können Sie die ha-
ben; wir sind zu Gesprächen
bereit. Wenn Sie unsere
Vorschläge heute allerdings
wieder ablehnen, dann wird
heute, am 4. Juli 20/02, im
Deutschen Bundestag end-
gültig der Beweis erbracht,
dass die Politik der Sprech-
blasen und der Worthülsen
von Ihnen in den nächsten
drei Monaten fortgesetzt
werden soll.

*Die Regierungsfra-
ktionen haben am 4. Juli
den Gesetzentwurf der
CDU/CSU-Bundestags-
fraktion zur Arbeits-
marktreform abgelehnt.*

Bürokratieabbau – etwas, was wenig kostet, aber **erhebliche Wirkung** hat

Jede zweite Vorschrift muss weg. Das war eins der Ergebnisse der diesjährigen Kreisvorsitzendenkonferenz der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) am 2. und 3. Juli in Berlin.

Diesem Beschluss ging eine Podiumsdiskussion mit dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), Reinhard Göhner, dem Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Hanns-Eberhard Schleyer, und dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB), Arno Metzler, voraus.

Die Verbandsvertreter betonten übereinstimmend die Notwendigkeit eines deutlichen Bürokratieabbaus und die hierdurch erzielbaren Impulse für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. „Der Abbau von Bürokratie ist etwas, was wenig kostet, aber erhebliche Wirkung hat,“ so Schleyer.

Dies zeige, so Göhner, das Beispiel der Neuregelung der 325-Euro-Jobs. Sie sei ein

Beispiel dafür, wie durch zusätzliche Bürokratie Arbeit verloren gegangen sei. „Wir werden nach einem Regierungswechsel hier ganz schnell handeln und dies wieder abschaffen.“

Das Ziel: Jede zweite Vorschrift streichen

Unter den Anwesenden bestand Einigkeit darüber, dass beim Thema Bürokratieabbau kein Erkennungs-, sondern ein Umsetzungsdefizit bestehe. Wie dies beseitigt werden kann, dazu verabschiedeten die rund 200 Teilnehmer ein Thesenpapier mit dem Titel „Weniger Bürokratie wagen“, in dem unter anderem eine Überprüfung aller staatlichen Vorschriften auf ihre Notwendigkeit und die Auswirkungen auf die Unternehmen gefordert wird. Ziel soll es dabei sein, jede zweite Vorschrift zu streichen.

Weiterhin fordert die MIT hierin klares, einfaches Steuerrecht, beträchtliche Vereinfachung des Arbeitsrechts und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren.

„Behörden müssen innerhalb von vier Wochen zu Anträgen Stellung beziehen. Kein Verfahren von besonderer betrieblicher Relevanz soll künftig länger als drei Monate dauern. Bei Überschreiten der Fristen, die nicht von den Unternehmen zu verantworten sind, werden die Behörden schadenersatzpflichtig,“ so das Papier.

Weiterhin fordert die MIT die Entlohnung der Betriebe für „Hand- und Spanndienste“ für den Staat. Die staatliche Willkür, Betrieben Melde- und Inkassoaufgaben zum Nulltarif aufzubürden, müsse, so die MIT, ein Ende haben. „Eine 4-prozentige Aufwandsentschädigung, wie sie der Fiskus bei der Weiterleitung der Kirchensteuer für sich einbehält, wäre ein akzeptables Entgelt für die Betriebe, die Steuern und Sozialabgaben für ihre Beschäftigten berechnen und abführen.“

Die erste Resonanz der Verbände auf das Papier war außerordentlich positiv. „Das vorgelegte Papier ist gut. Ich hoffe, dass der Mittelstand sich damit durchsetzt,“ so Metzler. 

DAS „GEHEIMNIS“ DES ERFOLGS:

Das persönliche Gespräch

„Ihr Kreisverband gehört 2001 zu den Kreisverbänden unserer Partei, die sich gegen den Trend in der allgemeinen Mitgliederentwicklung der CDU durchsetzen konnten und einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen haben.“

Generalsekretär Laurenz Meyer gratulierte 20 Kreisverbänden „sehr herzlich“ zu ihrem Erfolg mit Zuwächsen nicht nur nach Prozenten, sondern auch in absoluten Zahlen. Aber er beließ es nicht dabei: sondern fragte, um die „Diskussion um eine attraktive Mitgliederwerbung neu zu beleben“, die erfolgreichen Kreisverbände nach den „Gründen für die positive Mitgliederentwicklung“.

Die Antworten sind unterschiedlich, in einem Punkt aber bis auf die beiden entscheidenden Wörter identisch: „persönliche Ansprache“. Etwas ausführlicher: „Es wurden gezielt Sympathisanten angeschrieben - mit der Ankündigung eines Besuchs. Der Besuchstermin wurde telefonisch abgesprochen. Das persönliche Gespräch ist zu über 50 Prozent erfolgreich gewesen.“

Und trotzdem fallen die Erfolge auch im persönli-

chen Gespräch nicht vom heiteren Himmel. Sie sind eingebettet in die „Mobilisierung“ ■ durch „Öffentlichkeit“ von Programmberatungen, ■ durch wichtige Personalentscheidungen im Kreisverband (Aufstellung der Landtags- und Bundestagskandidaten) ■ und immer wieder durch die „attraktive politische Arbeit“ vor Ort.

Wie hoch die erfolgreichen Kreisverbände die Bedeutung der Mitgliederwerbung einschätzen, lässt sich

vor allem daran erkennen, dass sie sie zur „Chefsache“ gemacht haben, als „Daueraufgabe“ verstehen und mit der Aufgabe besonders dafür geeignete „Teams“ betrauen.

Was die Kreisverbände fast durch die Bank vorhaben: vor der Bundestagswahl noch einmal unter Berufsgruppen, die von der rot-grünen Bundesregierung besonders schlecht behandelt wurden, eine neue Werbeaktion durchführen.

Die Entscheidung ist gefallen. Zur Landtagswahl am 22. September wird es einen Kinospot der CDU Mecklenburg-Vorpommern geben. Ab 1. August wird der Werbespot in allen

Kinos des Landes zu sehen sein. Für die Produktion ist es gelungen, die Film- und TV-Produktionsgesellschaft *my way productions* des Schauspielers Stephen Dürr zu verpflichten. Für ihn haben wir uns entschieden, weil er ein Profi ist, die Sprache der jungen Leute ver-



steht und spricht und natürlich über eine hohe Popularität auch in unserem Land verfügt. Im Mittelpunkt des Werbespots stehen die Jugendlichen unseres Land. Ihre Kreativität, ihr Engagement, ihre Energie soll gezeigt werden. Dann das ist das Potential des Landes.

Edmund Stoiber: Die können es einfach nicht und müssen **abgewählt** werden



Die nordrhein-westfälische CDU hat auf ihrem 22. Landesparteitag in Siegen ihren zukünftigen Bundeskanzler gefeiert.

78 Tage vor der Bundestagswahl hat der Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers auf dem Landesparteitag in Siegen mit einer begeisterten Rede den Sozialdemokraten den Kampf angesagt: „40 plus x“ ist das Ziel der Union im Westen. „Wir wollen gewinnen, und wir werden gewinnen“, damit ließ Jürgen Rüttgers keinen Zweifel an dem unbedingten Siegeswillen der Union aufkommen. Sein Erfolgsrezept lautete ganz einfach: „Wir werden siegen. Weil wir die richtigen Antworten haben und weil wir geschlossen

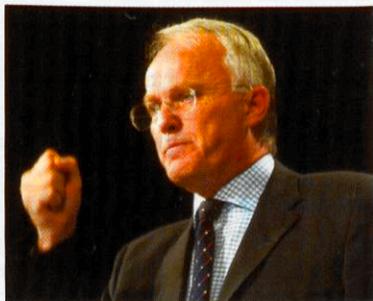
sind: ob Landespartei oder Landtagsfraktion oder Landesgruppe.“

Dies stehe im Gegensatz zur desolaten Lage bei der nordrhein-westfälischen SPD, die sich täglich mit neuen Enthüllungen und neuen Schlagzeilen herumzuschlagen müsse.

Rüttgers mahnte seine Parteifreunde, sich im Gegensatz zum arroganten Verhalten von Schröder, Müntefering, Clement & Co bei der CDU-Spendenaffäre nicht aufs hohe Ross zu setzen und mit Häme und Schadenfreude zu reagieren. Gleichwohl gibt er zu, dass eines schön sei: „Das

Grinsen bei Müntefering hat aufgehört.“ Herbe Kritik übte der Landesvorsitzende vor allem an dem von der rot-grünen Landesregierung eingebrachten Haushalt 2003, gegen den die CDU eine Verfassungsklage eingereicht hat. Rüttgers bezeichnete den Haushalt als einen Schuldenhaushalt anstelle eines Sparhaushaltes: „Die Regierung Clement hat weniger Schulden versprochen, liegt aber mit der Neuverschuldung 2003 schon wieder mit 350 Mio. € über der mittelfristigen Finanzplanung. Versprochen. – Gebrochen.“

Hart ins Gericht ging Rüttgers auch mit der Bildungspolitik, denn Pisa belege, dass das Schulsystem in NRW mittelmäßig und abgeschlagen sei.



Fotos: Frank Ossenbrink



Betroffen resümiert er: „NRW ist nationales und internationales Schlusslicht bei der Chancengerechtigkeit. Nirgendwo haben die Kinder der Schwachen und Armen eine geringere Chance, ihre sozialen Nachteile durch schulische Leistung auszugleichen. Das nordrhein-westfälische Bildungssystem ist unfair und ungerecht.“

Diese Forderung bekräftigte Herbert Reul in seiner Rede: „Über 30 Jahre Bildungspolitik sind gescheitert. Am wenigsten scheint das übrigens die ehemaligen Reformer zu stören. Sie reden wie Bankrotteure, die sich als Anlageberater aufspielen. Und wir erleben die absurde Situation, dass nicht die Ver-

lierer sich rechtfertigen müssen, sondern diejenigen, die besonders gut abgeschnitten haben.“

Licht aus, Spotan: Kanzlerkandidat Edmund Stoiber zog mit rhythmischem Klatschen zur „Go West“-Melodie in den Saal ein und wurde bereits vor seiner Rede gefeiert. Die wichtige Rolle NRWs

im Bundestagswahlkampf betonte er gleich zu Beginn: „NRW ist ein Schlüsselland für die Bundestagswahl.“

Wir im Westen – für Edmund Stoiber

Es folgte eine fast zweistündige mitreißende Wahlkampfrede mit scharfen Attacken gegen den politischen Gegner. Dabei ging er auf die Steuer-, Bildungs-, Familien- und Rentenpolitik ein und warf mit vielen Beispielen der SPD mangelnde Kompetenz bei der sozialen Gerechtigkeit vor. Statt wie versprochen, die Arbeitslosigkeit unter 3,5 Millionen zu senken, habe der „Genosse der Bosse“ den Haushalts-

freibetrag für Alleinerziehende gestrichen und Abfindungen beim Verlust des Arbeitsplatzes höher besteuert. Da fragte sich Stoiber, wo denn das „soziale Herz“ des Kanzlers bleibe, und setzte direkt nach: „Während die SPD nach unten mehr Einschränkung predigt, wird oben zugelangt.“

„Ich will die Menschen bei den notwendigen Reformen mitnehmen“, bekannte sich Stoiber zu einer sozialen und gerechten Politik. So bezeichnete er die Steuerreform als unsozial, da sie eine Bevorzugung der Großkonzerne im riesigen Ausmaß enthalte. Mittelstand und Arbeitnehmer müssten dafür die Zeche zahlen. Als ebenso ungerecht geißelte Stoiber die Gesundheitspolitik der Bundesregierung, bei der Busfahrer und Krankenschwestern die Rundum-Versorgung von Sozialhilfeempfängern mitfinanzieren müssten.

„Noch 78 Tage, dann wird Rot-Grün in Berlin abgepfiffen. Das Spiel ist aus“, verspricht Stoiber den Delegierten. Schröder erinnerte Stoiber an einen Pokerspieler, der nichts in der Hand habe und den Einsatz verdoppele. Deshalb attestierte Stoiber ihm erneut: „Ich war der bessere Ministerpräsident als er, und ich werde der bessere Kanzler sein.“



REGIERUNGS- ERKLÄRUNG

Verzerrtes Bild

Wie denn, wo denn, was denn? Nach der Regierungserklärung des Kanzlers zur wirtschaftlichen Lage hatte man glatt den Eindruck, in einem nahezu paradiesischen Deutschland zu leben; in einem hier und da verbesserungswürdigen, wie Schröder immerhin erkennen ließ, aber insgesamt doch in einem, gewaltig nach vorne strebenden. Ein ziemlich verzerrtes Bild der jedem außerhalb des Berliner Polit-Raumschiffs tagtäglich begegnenden Wirklichkeit. Wahlkampfretorik pur. Massenarbeitslosigkeit, Massenpleiten, Massenentlassungen, Pisa-Studie, steigende Beiträge der gesetzlichen Krankenkassen, Verunsicherung bei den Renten, höchste Neuverschuldung in Europa und, und, und – alles schön geredet mit den gewohnt einfachen, manchmal auch launigen Worten.

Offenbach-Post

Aufrichtigkeit war nicht zu erwarten

Schröders Analyse der wirtschaftlichen Lage macht sprachlos. Deutschland hat die niedrigste Wachstumsrate in der Europäischen Union. Die Massenarbeitslosigkeit stagniert auf hohem Niveau. Unternehmer und Verbraucher blicken pessimistisch in die Zukunft. Aber der Kanzler sieht die Republik mitten im Aufschwung. Er hätte ein nüchternes Resümee seiner vierjährigen Regierungstätigkeit ziehen müssen. Er hätte bekennen sollen, dass er sein Versprechen, die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen zu senken, brach. Um dann zu erklären, dass er aus diesem Grunde nicht noch einmal antreten könne. Doch gibt es jemanden, der so viel Aufrichtigkeit ernsthaft erwartet hätte?

Kieler Nachrichten

Nur heiße Luft

Gerhard Schröder gab den flotten Ankündigungskanzler: Es hat zwar nicht so rich-

tig geklappt mit der hoch und heilig versprochenen Senkung der Arbeitslosigkeit unter die 3,5-Millionen-Grenze, aber nun werde es der Zauberstab von VW-Manager Peter Hartz schon richten. Ja, glaubt denn Schröder wirklich, dass er mit dem Griff in eine arbeitsmarktpolitische Wundertüte dem Problem fehlender Jobs – zumal im Osten – beikommen kann? Ostsee-Zeitung

ENERGIEPOLITIK

Schwindelerregend

Von den Kosten seiner Energiewende spricht Trittin weniger gern. Wirtschaftsminister Müller nannte im vergangenen November den Schwindel erregenden Betrag von 250 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020. Schon heute finanzieren die Stromkunden allein die Windkraft mit rund 1,1 Milliarden Euro jährlich. Für diesen Betrag wären auch anderswo mühe-los 130.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Besser noch wäre es, dieses Geld so zu investie-

ren, dass Energie gespart werden könnte. Dann würde es der Umwelt zugute kommen und nicht einigen wenigen Großanlegern, die sich mit Hilfe des Staates die Taschen füllen. Fünf Mark für den Liter Benzin – diese einstige Forderung der Grünen war ein Klacks gegen das, was jetzt Regierungspolitik ist. Frankfurter Allgemeine

BERLIN

Unmittelbar vor dem Offenbarungseid

Mit immer größerer Geschwindigkeit rutscht Berlin nach unten. Der Offenbarungseid steht unmittelbar bevor. Der Doppelhaushalt 2002/3 ist verfassungswidrig. Grund: Die Neuverschuldung übersteigt die Investitionsrate. Der Solidar-pakt mit den Gewerkschaften ist gescheitert. Vom großspurig verkündeten Neuanfang unter Wowereits rot-dunkelrotem Senat ist nichts übrig geblieben. Jetzt rufen sie alle wieder nach dem Bund. B.Z., Berlin

KOPFTUCH

Richter bestätigen Annette Schavan

Nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts bleibt es muslimischen Lehrerinnen untersagt, während des Unterrichts ein Kopftuch zu tragen. Die Richter bestätigen damit die Entscheidung der baden-württembergischen Kultusministerin Schavan, die 1998 die Übernahme einer Grundschullehrerin abgelehnt hatte. Genau wie die CDU-Politikerin hebt das Gericht auf die per Grundgesetz festgeschriebene Neutralitätspflicht in Glaubensfragen ab. Dieses Gebot behält Vorrang gegenüber dem Grundrecht der Glaubensfreiheit. Das sollte die drei Millionen in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren. Für die drittgrößte religiöse Gemeinschaft führt kein Weg daran vorbei, sich der weltlich-pluralistischen Umgebung anzupassen. Selbst in islamischen Ländern wird das Tragen des Kopftuchs

unterschiedlich behandelt. So ist es in öffentlichen Einrichtungen der Türkei verboten, weil es als fundamentalistisches Symbol gilt.

Allgemeine Zeitung, Mainz

ANWÄLTE

Leere Versprechung der Justizministerin

Die deutschen Anwälte sind wütend. Aus der Vergütungsreform, die ihnen zu höheren Einkommen verhelfen sollte, wird fürs erste nichts. Seit Schröder öffentlich mit den Worten zitiert worden ist, eine Anhebung der Anwaltsgebühren passe „derzeit nicht in die ökonomische Landschaft“, brauchte es keiner Sehergaben, um der Reform wenig Erfolgsaussichten beizumessen. Um so mehr muss es die Anwälte ärgern, dass vor allem Herta Däubler-Gmelin sie bis zuletzt glauben machen wollte, die Neuregelung werde noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet. Das hat sich nun als leere Versprechung erwiesen. FAZ

Bestellschein Plakatträger

CDU-Bundesgeschäftsstelle
 Bereich Produktion und Distribution
 Klingelhöferstraße 8
 10785 Berlin

Absender/KV-Nr.
 Rechnungsanschrift

--	--	--	--

Lieferanschrift
 (falls nicht identisch)

CDU-Verband oder Name

CDU-Verband oder Name

Ansprechpartner

Ansprechpartner

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Telefon

Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Anzahl	Artikelbezeichnung		Einzelpreis		Gesamtpreis
	Mastanhänger	DIN A1, komplett	Preis bis 500 Expl.	9,20 €	(10,67 €)
			Preis ab 501 Expl.	8,40 €	(9,74 €)
	Ersatz-Pappträgerplatte			1,50 €	(1,74 €)
	Ersatz-PE-Hülle mit Stäben			1,80 €	(2,09 €)
	Schnellspannband für Mastanhänger			0,50 €	(0,58 €)
	Klebeband (glasfaserverstärkt)	50 m		2,30 €	(2,67 €)
	Dachständer	DIN A1	Mit Scheiben	58,80 €	(68,21 €)
		DIN A0	Mit Scheiben	86,40 €	(100,22 €)
	Einzelstellfläche	DIN A1		15,10 €	(17,52 €)
		DIN A0		19,90 €	(23,08 €)
	Dreiecksständer	DIN A1, Höhe 1,39 m	Ohne PVC-Scheiben	59,30 €	(68,79 €)
			Mit PVC-Scheiben	69,50 €	(80,62 €)
	Dreiecksständer	DIN A1, Höhe 1,62 m	Ohne PVC-Scheiben	62,40 €	(72,38 €)
			Mit PVC-Scheiben	72,60 €	(84,22 €)
	Dreiecksständer	DIN A0, Höhe 1,62 m	Ohne PVC-Scheiben	77,70 €	(90,13 €)
			Mit PVC-Scheiben	96,60 €	(112,06 €)

Datum, Unterschrift



Dachständer



Einzelstellfläche



Mastanhänger



Dreieckständer

Bitte Benutzen Sie zur Bestellung den Bestellschein auf Seite 22.

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Schönen Sommer! Und im Herbst kommt Hoch „Edmund“.



Zeit für Taten.

CDU

Sommerplakat „Schönen Sommer“

DIN A0

Best.-Nr.: **27914**

50 Expl.: 33,00 € (38,28 €)

DIN A1

Best.-Nr.: **27915**

50 Expl.: 20,00 € (23,20 | €)

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.